Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Postanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30.

Postscheckkonto: Leipzig 21366. Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 162. Montag, 15. Juli 1918, abends. 71. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschrift-Zeile (7 Silben) 25 Pf., Ortspreis 20 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bestellungen auf Ziegen aus der Schweiz.

Die Preußische Ziegenvermittlungs- und Beratungsstelle in Berlin wird auch in diesem Jahre Ziegen aus der Schweiz einführen, und zwar von Mitte August bis Mitte Oktober. Diese Zeit ist für die Ausfuhr die beste, weil dann die Ziegen, Böcke und Lämmer abgehärtet von den Alpen kommen und Transport wie spätere Eingewöhnung gut vertragen. Die Ziegen werden durch eine Einkaufs-Kommission der Ziegenvermittlungsstelle in der Schweiz abgenommen. Sie hat das Recht, die von den Schweizer Zuchtverbänden für die Ausfuhr bereitgestellten Tiere scharf auszuwählen und die Anlieferung besten Zuchtmaterials zu verlangen. Die Vermittlungs- und Beratungsstelle stellt unverbindlich und ohne Rechtsanspruch wieder in Aussicht, daß sie bei Verlusten auf dem Transport oder kurz nach Ankunft eine von ihr zu bestimmende Entschädigung — möglichst 100% — gewährt, soweit sie hierzu in der Lage ist. Die Ziegenvermittlungsstelle hat während der vorjährigen Herbstausfuhr **alle** Verluste unterwegs und nach Ankunft vergütet. Es ist dies eine große Sicherheit für die Besteller.

Die Preise werden sich frei Station des Bestellers voraussichtlich stellen:

1.	Saanen- und Appenzeller Rassenziegen	220.— Mk.
2.	Toggenburger Rassenziegen	208.— „
3.	Gemsfarbige Gebirgsziegen, ungehörnt	196.— „
4.	„Schwarzhalsziege", Milchziegen, ungehörnt gehörnt Walliser	184.— „
5.	Milchziegen, gehörnt	172.— „
6.	Böcke zu den **Ziegenpreisen**	
7.	Starke Lämmer, etwa die Hälfte obiger Preise.	

Bestellungen sind bis

zum 18. Juli 1918

bei der Königlichen Amtshauptmannschaft einzureichen.

Großenhain, am 12. Juli 1918.

563gV. **Königliche Amtshauptmannschaft.**

Die für die Gemeinde Gröba aufgestellte Heberolle der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1917 liegt vom 16. Juli bis 29. Juli 1918 im Gemeindeamt — Zimmer Nr. 4 — zur Einsichtnahme der Beteiligten aus.

Gröba, Elbe, am 15. Juli 1918. **Der Gemeindevorstand.**

Gemeinde-Sparkasse Gröba.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit **3½ Prozent.**

Einlagebücher gebührenfrei. Kontrollmarken unentgeltlich.

Vermietung von Panzerschrank-Schließfächern.

Unentgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren (Kriegsanleihen).

Gemeindeverbands-Girokasse.

Kostenlose Geldüberweisung nach allen Orten Deutschlands.

Verzinsung der Einlagen auf Girokonto bis zu 4%.

Freibank Riesa.

Morgen **Dienstag**, den 16. Juli 1918, von vormittags **8—9 Uhr** gelangt auf der Freibank des städtischen Schlachthofes **Rindfleisch** zum Preise von 1 Mark für das Pfund gegen Fleischmarken zum Verkauf. Fleisch erhalten nur diejenigen Personen, die ihre Nahrungsmittelkarten im „Stern" entnehmen und zwar von 321—420. Die Brotausweiskarte, die auf der Freibank abgestempelt wird, ist mitzubringen.

Riesa, 15. Juli 1918. **Die Direktion des städtischen Schlachthofes.**

Deutscher Reichstag.

191. Sitzung, Sonnabend, den 13. Juli, 10 Uhr.

Vor der Tagesordnung legt der sächsische Oberst Schulz Verwahrung ein gegen persönliche Angriffe des Abg. Haase (U. Soz.) auf einen Leipziger Zensuroffizier in der Sitzung vom 4. Juli.

Die dritte Lesung des Branntweinmonopolgesetzes.

Ein Antrag verschiedener bürgerlicher Parteien will statt der tags zuvor bewilligten vier Millionen nur eine Million aus den Monopoleinnahmen zur Bekämpfung der Trunksucht bestimmen.

Abg. Mumm (Dtsch. Fr.) bekämpft diesen Antrag. Die Reichskasse werde durch diese notwendige Ausgabe nicht belastet.

Abg. Davidsohn (Soz.) spricht für Aufrechterhaltung des gestrigen Beschlusses.

Abg. Kiel (Fortschr. Vp.): Ich fürchte, aus diesen vier Millionen könnte ein neuer Reptilienfonds werden (Zustimmung).

Abg. Graf Posadowsky (Dtsch. Fr.): Infolge des Monopols wird das Reich den Alkoholismus viel wirksamer bekämpfen können, als mit den vier Millionen.

Abg. Wurm (U. Soz.): Aus dem Schnaps sollte das Reich überhaupt keine Einnahmen ziehen.

Die Abstimmung ergibt, daß es bei den vier Millionen bleibt. In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz gegen alle sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Reichsschatzsekretär Graf Roedern: Das jetzt abgeschlossene Steuergesetzgebungswerk ist finanziell bedeutsamer als irgendeine Finanzgesetzgebung seit Beginn der deutschen Parlamentsgeschichte. Für eine Reihe von Steuern ist abschließende Arbeit getan worden. Manche Sonderwünsche sind zurückgestellt worden, um dem Volk die Gewißheit zu geben, daß es Sicherheit für die aufgelaufenen Mehrleistungen hat. Steuermachen ist kein dankbares Geschäft, dazu gehört Zivilcourage. Aber der Reichstag hat sich den Dank des deutschen Volkes verdient. In den Ausschüssen war die Arbeit durchaus positiv gerichtet. Mögen künftige Steuerberatungen von demselben Geist der Arbeitsfreudigkeit, Sachlichkeit und des guten Willens, sich gegenseitig zu verstehen, getragen sein. (Beifall.)

Verabschiedung des Etats.

Der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung wird erledigt. In der Gesamtabstimmung wird der Etat gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen in dritter Lesung angenommen. Die Polen enthalten sich der Abstimmung.

Auf Antrag Groeber (Z.) wird ein besonderer Ausschuß des Reichstages für Sozialpolitik eingesetzt.

Die neuen Kriegskredite.

Abg. Fischbeck (Fortschr. Vp.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Im Mittelpunkt der Aussprache stand der Wechsel im Staatssekretariat des Auswärtigen Amts. Der Ausschuß hat schließlich die Kredite mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Ich bitte Sie, dem Beschluß beizutreten, um zu bekunden, daß wir gegenüber dem Vernichtungswillen der Feinde bis zur Erkämpfung eines ehrenvollen Friedens ausharren werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Ebert (Soz.): Das deutsche Volk ist von ehrlichem Friedenswillen erfüllt, und auch die Regierung hat von neuem ihre Friedensbereitschaft erklärt. Die Kreise, die durch Aufstellung phantastischer Eroberungsziele den Kriegstreibern der Entente Vorschub leisten, sind nicht das deutsche Volk. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) Das würde offenbar werden, wenn die Völker der Entente ihre Regierungen bewegen könnten, sich zu Friedensverhandlungen bereitzuerklären. Aber die gegnerischen Staatsmänner haben sich auch in ihren letzten Kundgebungen zu Kriegszielen bekannt, die die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit aufs schwerste beeinträchtigen würden. Sie betören ihre Völker immer wieder mit der Täuschung, daß die Widerstandskraft Deutschlands erlahmen würde. Das muß den Krieg auf Jahre hinaus unabsehbar verlängern. Alle beteiligten Völker würden der Verelendung verfallen. Auf entehrende oder herausfordernde Bedingungen wird das deutsche Volk niemals eingehen. Wir wünschen einen ehrenvollen Frieden für alle. Da die Gegner uns einen solchen Frieden verweigern, werden wir auch diesmal die Mittel bewilligen, die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens gefordert werden. (Stürmischer Beifall, Zischen bei den U. Soz., wiederholter lebhafter Beifall.)

Abg. Geyer (U. Soz.): Wer Kriegskredite bewilligt, unterstützt damit die Politik der Regierung und stützt den Kapitalismus und Militarismus. Wir lehnen daher die Kredite ab. (Pfuirufe.)

Damit schließt die Aussprache.

Die Kriegskredite werden in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der U. Sozialdemokraten und bei Stimmenthaltung der Polen angenommen.

Ein Nachtragsetat über eine Ergänzung der Besoldungsordnung wird angenommen, ebenso ein weiterer Nachtragsetat über Kleinwohnungsbauten für Beamte, nachdem der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts v. Stein empfohlen hat.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schlußansprache.

Präsident Fehrenbach: Der Reichstag kann mit Genugtuung auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Das Volk betrachtet die Friedensschlüsse im Osten mit großer Genugtuung und Dankbarkeit. Wir hoffen, daß die Regierung die Wege nach dem Osten dauernd offen erhält und freundschaftliche Bande anknüpft, um enge wirtschaftliche Beziehungen anzubahnen. Dem geschiedenen Staatssekretär des Auswärtigen gebührt der Dank des deutschen Volkes für den Abschluß dieser Friedensverträge. Ich habe den Wunsch, daß die strenge Sachlichkeit des Reichstags bei der Verabschiedung der Milliardensteuergesetze draußen im Volk anerkannt werden möge, und daß uns diesmal die traurigen Erfahrungen seit der Finanzreform von 1909 bis 1911 erspart bleiben mögen. Das Volk wird auch Verständnis für die Notwendigkeit dieser Steuerbelastungen haben. Das Ende der Opfer und Entsagungen können wir dem Volke nicht bringen. Unsere Schuld ist es nicht. Aber wir werden mit Treue und Ausdauer weiter durchhalten können. Wir sind zu einem ehrenvollen Frieden bereit, sobald die Feinde ihren Vernichtungswillen aufgeben. Wir vertrauen auf Gottes Schutz und auf unsere tapferen, unvergleichlichen Heere. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident schlägt Vertagung bis zum 5. November vor.

Abg. Haase (U. Soz.): Die Politik ist jetzt in ein Halbdunkel gehüllt. Es entspricht nicht der Würde des Parlaments, sich selbst auszuschalten.

Der Vertagungsantrag wird angenommen, den Präsident wird ermächtigt, im Erfordernisfall die Sitzung auch früher einzuberufen.

Kriegsnachrichten.

Weitere Ausführungen des Reichskanzlers über die belgische Frage. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift: „Der Reichskanzler über die belgische Frage." Nachdem die Ausführung, die der Reichskanzler vorgestern über die belgische Frage gemacht hat, veröffentlicht worden ist, ist aus dem Reichstag angeregt worden, auch die den gleichen Gegenstand behandelnden Darlegungen des Kanzlers aus seiner Rede vom 11. dieses Monats des Zusammenhanges wegen bekannt zu geben. Diesem Wunsche entsprechend ergänzen wir unsern Bericht über jene Rede durch die Wiedergabe des ihr entnommenen Abschnittes: „Was den Westen betrifft, meine Herren, so steht nach wie vor die belgische Frage im Vordergrund. **Daß wir nicht daran denken, Belgien dauernd in Besitz zu nehmen,** das ist von Anfang des Krieges an die Absicht gewesen. Der Krieg ist für uns, wie ich auch am 29. November gesagt habe, von Anfang an ein Verteidigungskrieg gewesen und kein Eroberungskrieg. Daß wir nach Belgien einmarschiert sind, war eine durch die Kriegsverhältnisse uns aufgezwungene Notwendigkeit, ebenso war es durch den Krieg aufgezwungene Notwendigkeit, Belgien zu okkupieren. Daß wir in Belgien die Zivilverwaltung eingeführt haben, entspricht durchaus der Haager Landkriegsordnung. Dementsprechend haben wir dort also auf allen Gebieten die deutsche Verwaltung eingeführt, und ich glaube, daß es nicht zum Nachteil der belgischen Bevölkerung gewesen ist. Belgien ist in unserer Hand das **Faustpfand für die künftigen Verhandlungen.** Ein Faustpfand bedeutet die Sicherung gegen gewisse Gefahren, die man dadurch fernhält, daß man dieses Faustpfand in der Hand hat. Dieses Faustpfand gibt man also nur heraus, wenn diese Gefahren beseitigt sind. Das Faustpfand Belgien bedeutet also nur für uns: Wir müssen uns in den Friedensbedingungen dagegen sichern, daß, wie ich schon früher ausgedrückt habe, **Belgien nicht wieder das Vormarschgebiet für unsere Feinde** wird, nicht nur im militärischen Sinne, meine Herren, sondern **auch im wirtschaftlichen Sinne.** Wir müssen uns dagegen sichern, **daß wir nicht nach dem Kriege wirtschaftlich abgeschnürt werden.** Belgien ist durch seine Verhältnisse, durch seine Lage, durch seine Entwickelung auch durchaus auf Deutschland angewiesen. Wenn wir in ein enges Verhältnis mit Belgien auf wirtschaftlichem Gebiete treten, so ist das ganz und gar auch im Interesse von Belgien selbst. Wenn es gelingt, in wirtschaftlich enge Beziehungen mit Belgien zu gelangen, wenn es gelingt, daß wir uns mit Belgien auch über die politischen Fragen verständigen, die lebenswichtige Interessen Deutschlands berühren, so haben wir die bestimmte Aussicht, daß wir dann die beste Sicherung gegen die künftigen Gefahren haben werden, die uns von Belgien aus bezw. über Belgien von England und Frankreich ausgehen können. Auch hiermit ist der Staatssekretär von Kühlmann einverstanden gewesen.

Zur Lage in Rußland. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Das Kommissariat für die Auswärtigen Angelegenheiten hat an den Vertreter Groß-Britanniens in Moskau eine Note gerichtet, in der die **unverzügliche Zurückziehung der englischen Abteilung verlangt wird, die in Murmansk gelandet ist.** Gleichzeitig erneuert das Kommissariat seinen Einspruch gegen den Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in Murman. — Moskauer Pressemeldungen zufolge sollen englisch-amerikanische Truppen den ganzen Nordteil der Murmanbahn einschließlich Kem besetzt haben und versuchen, bis zur Station Saroki vorzurücken. Ferner verlautet, daß infolge Unterbrechung der Bahn Wologda—Dugnina und Truppenmangels die Sowjetbehörden Ufa verlassen und sich nach Birsk begeben haben. — Die Presse meldet, daß nach einem Telegramm aus Petrosowodsk die Befehlshaber der Ententetruppen an der Murmanbahnküste, der englische Admiral Kemp, der Franzose de Lagoverant und der Kommandeur der amerikanischen Streitkräfte gemeinsam mit den Gebietssowjets Proklamationen erlassen haben, in denen die Besetzung des Gebietes durch Ententetruppen mit der Notwendigkeit des Schutzes des Ententeeigentums gegen Deutsche und Finnen, mit der Bitte der Einwohner um Hilfe gegen finnische Angriffe und mit der Absicht, die Eismeergebiete dem zur Zeit ohnmächtigen Rußland zu erhalten, motiviert wird. In der Proklamation wird die Murmanküste als Gebiet der Sowjets, die unter dem Schutz der Entente stehe, und jede Aktion gegen diese als feindlichen Akt gegen die Entente erklärt. Der Ausstand der Sozialrevolutionäre in Petersburg ist beendet. Einzelne Gebäude haben schwere Beschädigungen durch Artilleriefeuer erlitten. Die Lage in Jaroslaw ist ernst. Zwischen Tscheljabinsk und Omsk beherrschen die Tschechen die Lage, nur Reisebescheinigungen tschechischer Behörden sind gültig. — „Daily Mail" erfährt aus Charbin vom 12. Juli, daß der russische General Hovat zum Provinzialvorstand von Sibirien ernannt worden ist mit dem Programm, die Verträge der Entente wieder in Geltung zu bringen, eine disziplinierte Armee dort zu errichten und die Eigentumsverhältnisse wieder herzustellen. Hovat hat seine Regierung vorübergehend nach Grodekovo verlegt. Er verhandelt mit den Tschecho-Slowaken in Nikolsk. Seine Proklamation ist sehr drastisch und spricht sich zugunsten einer Wiederherstellung aller früheren Verträge mit den Alliierten und den Neutralen und der Abschaffung der Nationalisierung und Sozialisierung der kaufmännischen und industriellen Organisationen, sowie für den Wiederaufbau des Handels aus. — **Die Truppen des Sowjets haben,**